Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2005-11-08

Dezernat/ Amt: II / Finanzverwaltungsamt
Bearbeiter: Herr Heinisch
Telefon: 545-1556

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

öffentlich

00818/2005

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Ausschuss für Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung
Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

Umlage der Verbandsbeiträge des WBV "Schweriner See/Obere Sude"

Beschlussvorschlag

Die Satzung über die Umlage der Verbandsbeiträge des Wasser- und Bodenverbandes „Schweriner See / Obere Sude“ wird beschlossen.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Die Landeshauptstadt Schwerin ist als Mitglied des Wasser- und Bodenverbandes „Schweriner See/Obere Sude“ verpflichtet, Beiträge für die Gewässerunterhaltung zu leisten.

Für das Haushaltsjahr 2005 wurde der Beitrag der Landeshauptstadt mit 145.174,80 € festgesetzt.

Aufgrund des Haushaltssicherungskonzeptes war eine Satzung zu erarbeiten um die Beiträge der Landeshauptstadt Schwerin zukünftig auf die Grundstückseigentümer innerhalb des Gemeindegebietes der Landeshauptstadt Schwerin umzulegen zu können.

Es ist zulässig, in die Kalkulation den Bearbeitungsaufwand einzubeziehen. Die Satzung ist jährlich anzupassen, da sich die Höhe der Verbandsbeiträge und die Verwaltungskosten ändern.

Die zur Erhebung der Gebühr benötigte Datengrundlage liegt bisher nicht vor. Die Daten müssen besorgt und manuell erfasst werden.

In der Landeshauptstadt Schwerin gibt es ca. 16.000 Flurstücke, wovon sich etwa 35 v. H.

im Eigentum der Landeshauptstadt Schwerin befinden. Der auf diesen Anteil entfallende Beitrag des Wasser- und Bodenverbandes verbleiben bei der Stadt, da diese Kosten nicht umlagefähig sind.

2. Notwendigkeit

Bislang hat die Landeshauptstadt Schwerin die Beiträge getragen, ohne sie auf die begünstigten Grundstücke umzulegen. Die Beiträge zum Unterhaltungsverband können den Eigentümern, Erbbauberechtigten oder sonstigen Nutzern auferlegt werden.

Die Erarbeitung des vorliegenden Satzungsentwurfes ist unter E 1.6 Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes.

3. Alternativen

keine

4. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

keine

5. Finanzielle Auswirkungen

Die Einnahmen auf einer noch zu schaffenden Haushaltsstelle betragen 209.834,80 €.

Die Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr betragen 136.392,62 €.

Der Betrag ergibt sich nach Abzug der anteiligen Verwaltungskosten und nach Abzug der Anteile des Beitragsbescheides, der auf die städtischen Grundstücke entfällt, dass sind demgemäß Ausgaben in Höhe von 73.442,18 €.

über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle:

keine

Deckungsvorschlag

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle:

Anlagen:

Satzungsentwurf (Anlage 1)

Kalkulation zu dieser Gebührensatzung (Anlage 2 und 3)

gez. Wolfgang Schmüling

1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters